Wartehäuschen 57A Köstlergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.ª Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass bei der neuen Haltestelle des 57A in der Köstlergasse geeignete Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten errichtet werden.

Begründung

Mit der neuen Haltestelle des 57A Köstlergasse wurden zwei bestehende Haltestellen zusammengelegt. Zu einer zeitgemäßen Haltestelleninfrastruktur gehört jedoch auch, dass die wartenden Fahrgäste nach Möglichkeit vor Regen, Schnee, Wind und starker Sonneneinstrahlung geschützt werden.

Gerade für ältere Menschen, Familien mit Kindern sowie Personen, die längere Zeit auf den nächsten Bus warten müssen, stellt ein Wartehäuschen mit Sitzgelegenheit eine wesentliche Verbesserung des Komforts dar. Die Wiener Linien sollen daher prüfen, an welchen geeigneten Stellen im Bereich der neuen Haltestelle Wartehäuschen errichtet werden können.

Gerhard Hammerer

Klimageräte in den Kindergärten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 10) im Zusammenwirken mit der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung zu ersuchen zu erheben, in welchen städtischen Kindergärten in Mariahilf noch keine Klimageräte vorhanden sind, und für diese Standorte den Einbau oder die Aufstellung geeigneter Klimageräte zur Kühlung der Räumlichkeiten zu prüfen.

Begründung

Hohe Temperaturen stellen insbesondere für Kleinkinder eine erhebliche Belastung dar, zugleich sind Kindergärten – anders als Schulen – auch während der besonders heißen Sommermonate durchgehend in Betrieb. Die Stadt Wien hat die Problematik bereits 2021 mit einer *„Studie zur sommerlichen Überwärmung in Bildungseinrichtungen der Stadt Wien“* aufgegriffen. Darin wurden eine Statuserhebung betroffener Bildungseinrichtungen, eine fachkundige Analyse der jeweiligen Situation und darauf aufbauend die Planung geeigneter Maßnahmen empfohlen. Umso wichtiger ist es, auch auf Bezirksebene Klarheit darüber zu schaffen, welche städtischen Kindergärten von sommerlicher Überhitzung betroffen sind und wo zusätzliche Kühlmaßnahmen erforderlich sind.

Im Sommer 2026 wurden nach Angaben des zuständigen Bildungsressorts lediglich an 14 von insgesamt 345 städtischen Kindergartenstandorten mobile Klimageräte im Rahmen eines Pilotprojekts aufgestellt. Damit verfügt der überwiegende Teil der Standorte weiterhin über keine entsprechende zusätzliche Kühlmöglichkeit. Da auch in den kommenden Jahren mit längeren Hitzeperioden zu rechnen ist, soll rechtzeitig erhoben werden, wie die Situation in den städtischen Kindergärten Mariahilfs konkret aussieht und an welchen Standorten Klimageräte einen sinnvollen Beitrag zum Schutz der Kinder und des Betreuungspersonals leisten können.

Veronika Zimmermann

Erörterung der aktuellen Situation Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (Magistratsdirektion der Stadt Wien Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit) im Zusammenwirken mit der Kommission für Soziales, Gesundheit und Frauen zu ersuchen, die aktuelle Situation rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer zu erörtern.

Begründung

In den vergangenen Monaten wurden rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im öffentlichen Raum gesetzt. Dazu zählen insbesondere die von der Polizei eingerichtete Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im Bereich der U6-Station. Nach mehreren Monaten erscheint es daher sinnvoll, gemeinsam mit den beteiligten Stellen (Stadt Wien, Sucht- und Drogenkoordination, Wiener Linien, Polizei) eine erste Bilanz zu ziehen: Welche Auswirkungen haben die gesetzten Maßnahmen auf die Sicherheitslage und die Situation im öffentlichen Raum, wo besteht weiterhin Handlungsbedarf und welche weiteren Schritte sind geplant? Eine gemeinsame Erörterung in der zuständigen Kommission soll den Bezirksrätinnen und Bezirksräten die Möglichkeit geben, sich über die bisherigen Erfahrungen zu informieren und notwendige weitere Maßnahmen für Mariahilf zu diskutieren.

Gerhard Hammerer

Soziale Probleme Bereich Minna-Lachs-Park und Umfeld Raimundtheater

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, zu ersuchen, Lösungsvorschläge für die zunehmenden Probleme in Zusammenhang mit Drogenkonsum im Bereich des Minna-Lachs-Parks und den umliegenden Gassen sowie im Umfeld des Raimundtheaters ausarbeiten zu lassen und der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission vorzulegen.

Begründung

Durch die in den letzten Monaten gesetzten Maßnahmen im Bereich des Jedmayer kam es offenbar zu einer zunehmenden Verlagerung der Probleme im Zusammenhang mit Drogenkonsum in den Bereich Minna-Lachs-Park und die umliegenden Gassen sowie in das Umfeld des Raimundtheaters.

Anrainer*innen klagen u.a. über massive Verunreinigungen (auch in Hauseingängen und Stiegenhäusern etc) und steigendes Unsicherheitsgefühl.

Es scheint aus unserer Sicht daher notwendig, auch für diese Bereiche des Bezirks Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner*innen zu setzen.

Einfärbung Radweg

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) zu ersuchen, die Bodenmarkierung bzw. farbliche Kennzeichnung des Radwegs entlang der Linken Wienzeile ONr. 44 ehestmöglich zu erneuern und damit wieder eine deutlich erkennbare Abgrenzung zwischen Rad- und Gehweg herzustellen.

Begründung

Bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 11. September 2025 wurde ein entsprechender Antrag einstimmig angenommen. In ihrer schriftlichen Antwort vom 12. November 2025 teilte die zuständige Stadträtin Ulli Sima mit, dass die MA 28 noch im Herbst 2025 endgültige Instandsetzungsarbeiten im Gehsteig- und Radwegbereich durchführen und „im Anschluss […] auch die Bodenmarkierung (Einfärbung) am Radweg erneuert“ werde. Diese angekündigte Maßnahme wurde bis dato nicht umgesetzt. Da eine deutlich erkennbare Abgrenzung von Geh- und Radweg gerade an dieser Stelle zur Orientierung und zur Vermeidung von Konflikten zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrenden beiträgt, soll die bereits zugesagte Einfärbung nun ehestmöglich vorgenommen werden.

Anhang



Gerhard Hammerer

Gondolo Wiegeliegen für Nevillebrücke

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 42) zu ersuchen zu prüfen, ob bzw. wie Gondolo Wiegeliegen auf der Nevillebrücke angebracht werden können und der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung der Bezirksvertretung zeitnah entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung

Die Nevillebrücke ist ein wichtiger öffentlicher Aufenthalts- und Verbindungsraum im Bezirk. Gerade an Plätzen im öffentlichen Raum entscheidet die Qualität des Mobiliars wesentlich darüber, ob diese tatsächlich als konsumfreier Aufenthaltsort genutzt werden. Das derzeitige Mobiliar erfüllt diese Funktion nur eingeschränkt und bietet wenig Anreiz zum Verweilen (siehe insbesondere die auf Abb 1 dargestellten Langbänke). Demgegenüber erfreuen sich die auf den (unweit von der Nevillebrücke befindlichen) Wientalterrassen angebrachten Gondolo Wiegeliegen großer Beliebtheit.

Durch den Ersatz beziehungsweise die Ergänzung des Mobiliars auf der Nevillebrücke mit Gondolo Wiegeliegen kann die Attraktivität des öffentlichen Raums mit vergleichsweise einfachen Mitteln deutlich aufgewertet werden. Es handelt es sich um eine Maßnahme, die rasch, punktuell und vor allem kostengünstig umgesetzt werden können sollte: Die Gondolo Einzelliege ist laut Herstellerangaben bereits um rund 1.700 Euro erhältlich. Durch ihre robuste Ausführung für den Außenbereich, insbesondere mit Edelstahl-Untergestell und witterungsbeständigen Liegeflächen, ist sie auf Langlebigkeit und geringen Wartungsaufwand ausgelegt. Damit kann mit überschaubarem Mitteleinsatz ein deutlich wahrnehmbarer Nutzen für die Bevölkerung geschaffen werden.

Anhang

Nevillebrücke Status Quo



Gondolo Wiegeliege Wientalterrassen 1050



Jan LIEWEHR Elisabeth KATTINGER Ewa KIRCHDORFER_MURCZKIEWICZ

Herabhängende Netze auf Mariahilfer Basketballplätzen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 42) werden ersucht, Lösungen für jene Netze zu erarbeiten, welche auf den Mariahilfer Basketballplätzen Fritz-Imhoff-Park und Hubert-Marischka-Park in den Spielbereich hineinragen und der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung zeitnah entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung

Die Krisen der letzten Jahre und die daraus resultierenden (insb psychischen) Folgen für unsere Jugend haben gezeigt, wie wichtig es ist, Parks und Sportstätten in Mariahilf zu haben und auch auf gutem Standard aufrecht zu erhalten, damit diese von unseren Jugendlichen regelmäßig genutzt werden können.

Eine Begutachtung der Basketballplätze Fritz-Imhoff-Park und Hubert-Marischka-Park zeigt, dass die an den Käfigen angebrachten Netze (mittlerweile) so in den Spielbereich hineinragen, dass Würfe nur aus nächster Nähe zum Korb bzw. gar nicht mehr möglich sind. All dies führt dazu, dass die Mariahilfer Jugend die Basketballkörbe gar nicht mehr zum Basketballspiel, sondern nur mehr, wenn überhaupt, ausschließlich zum Fussballspiel nutzt, auch wenn der Platz hierfür gar nicht intendiert oder gar geeignet ist.

Den positiven Effekt, den eine Behebung dieses Zustands (in diesem Fall: Straffung der Netze) mit sich bringen kann, zeigt eine Begutachtung des Richard-Waldemar-Parks, der nun perfekt bespielbar ist. Die hier umgesetzte Maßnahme war – in Zeiten relevanter budgetärer Restriktionen – kostengünstig umsetzbar.

Die Lösung kann uE darin bestehen, entweder:

- die Netze gänzlich zu entfernen [siehe dazu insb den Basketballplatz Margaretengürtel (Wienflußeinwölbung, Margaretengürtel 503, 1050 Wien), welcher mitten im Verkehr steht und ohne jegliche Netze auskommt] oder
- die Käfiggitter nennenswert (dh 1-2m) zu erhöhen oder
- die Netze (wie beim Richard-Waldemar-Park) so zu straffen, dass diese nicht mehr in den Spielbereich hineinragen.

Anhang

Fritz Imhoff Park Status Quo





Richard Waldemar Park Status Quo





Positivbeispiel: Hubert Marischka Park Status Quo



Jan LIEWEHR Elisabeth KATTINGER Ewa KIRCHDORFER_MURCZKIEWICZ

NEOS

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Folgemaßnahme zur Zusammenlegung der 57A-Haltestellen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 33, MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die infolge der Zusammenlegung der bisherigen 57A-Haltestellen Stiegengasse und Laimgrubengasse zur neuen Haltestelle Köstlergasse notwendigen baulichen und verkehrsorganisatorischen Folgemaßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Begründung

Durch die Zusammenlegung der bisherigen Haltestellen Stiegengasse und Laimgrubengasse und die Errichtung der neuen Haltestelle Köstlergasse haben sich die Anforderungen an den Straßenraum in diesem Abschnitt der Gumpendorfer Straße verändert. So stellt sich insbesondere die Frage, ob die Verkehrsinsel im Bereich der ehemaligen Haltestelle Laimgrubengasse sowie die Gehsteigvorziehung bei der ehemaligen Haltestelle Stiegengasse in ihrer bisherigen Form weiterhin erforderlich sind. Gleichzeitig wurde im Bereich der neuen Haltestelle Köstlergasse die zuvor bestehende Ampelanlage entfernt. Die Neuordnung der Haltestellen sollte daher zum Anlass genommen werden, auch die daraus resultierenden baulichen und verkehrsorganisatorischen Folgemaßnahmen gesamthaft zu prüfen und den Straßenraum an die neue Situation anzupassen.

Marcel Flitter

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Aufstellung eines Mistkübels mit Aschenrohr

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf sowie der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die MA 48 zu beauftragen, in der Grabnergasse vor der Hausnummer 11-13, wieder einen Mistkübel mit Aschenrohr aufzustellen.

Begründung

Der bestehende Mistkübel mit Aschenrohr wurde im Zuge der Umgestaltung gemeinsam mit der Verkehrstafel entfernt und nicht ersetzt, was zur Folge hat, dass Müll und Zigaretten auf der Straße landen.

KO Lukas Korp
BR Ing. Mag. Joachim Stampfer
BR Gabriela Petras

SPÖ MARIAHILF

Weitere Beschattungsmöglichkeiten auf der Dachterrasse des Marktraums

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Bettina Emmerling zu ersuchen, weitere Beschattungsmöglichkeiten im vorderen Teil der Dachterrasse (bei den Sitzknöpfen und im Bereich der Liegen) des Marktraums zu prüfen. Das Ergebnis soll in der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung präsentiert werden.

Begründung

Die Dachterrasse des Marktraums hat sich während der Sommermonate zu einem beliebten und wichtigen konsumfreien Aufenthaltsort für die Mariahilfer Bevölkerung entwickelt. Sie wird von der Mariahilfer Bevölkerung generationsübergreifend gerne als Treffpunkt, Entspannungsort, zum kurzen oder längeren Verweilen angenommen. Gleichzeitig konnten im vergangenen Sommer und den ersten Erfahrungen im laufenden Betrieb, wichtige Erkenntnisse zur Nutzung der Dachterrasse gesammelt werden. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass es an den nicht beschatteten Bereichen bei intensiver Sonneneinstrahlung zu erhöhten Temperaturen kommen kann. Auch hierzu haben uns entsprechende Rückmeldungen aus der Bevölkerung erreicht. Diese ersten Erfahrungen gilt es nun gemeinsam zu evaluieren, um daraus mögliche Anpassungen bzw. Optimierungspotenziale für die zukünftige Nutzung der Dachterrasse abzuleiten.

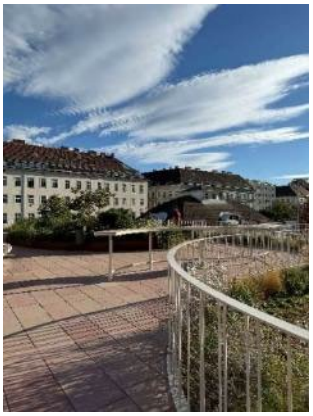
Gerade angesichts zunehmend heißer Sommer und häufiger auftretender Hitzeperioden ist es wichtig, dass konsumfreie Verweilorte, so wie die Dachterrasse am Marktraum, auch bei hohen Temperaturen durchgängig nutzbar bleiben.

Eine zusätzliche Beschattung würde die Aufenthaltsqualität deutlich erhöhen und dazu beitragen, dass die Dachterrasse auch an heißen Sommertagen ihrem Zweck, als niederschwelliger und für alle zugänglicher Aufenthaltsort gerecht werden kann.

Daher soll geprüft werden, welche zusätzlichen, möglichst praktikablen und nachhaltigen Beschattungslösungen im vorderen Bereich bei den Sitzknöpfen und im Umfeld der Liegen der Dachterrasse umgesetzt werden können. Das Ergebnis soll in der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung präsentiert werden.

Anhang





Unterbrechung des Durchzugsverkehrs auf der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die Magistratsdienststelle MA46 zu ersuchen, Verkehrsführungsvarianten zu prüfen, die den Durchzugsverkehr auf der Gumpendorfer Straße unterbinden, und diese der Mobilitätskommission zu präsentieren. Sofern es aus der Planung des Umbaus der Gumpendorfer Straße bereits entsprechende Überprüfungen gab, sollen diese in der Mobilitätskommission präsentiert werden.

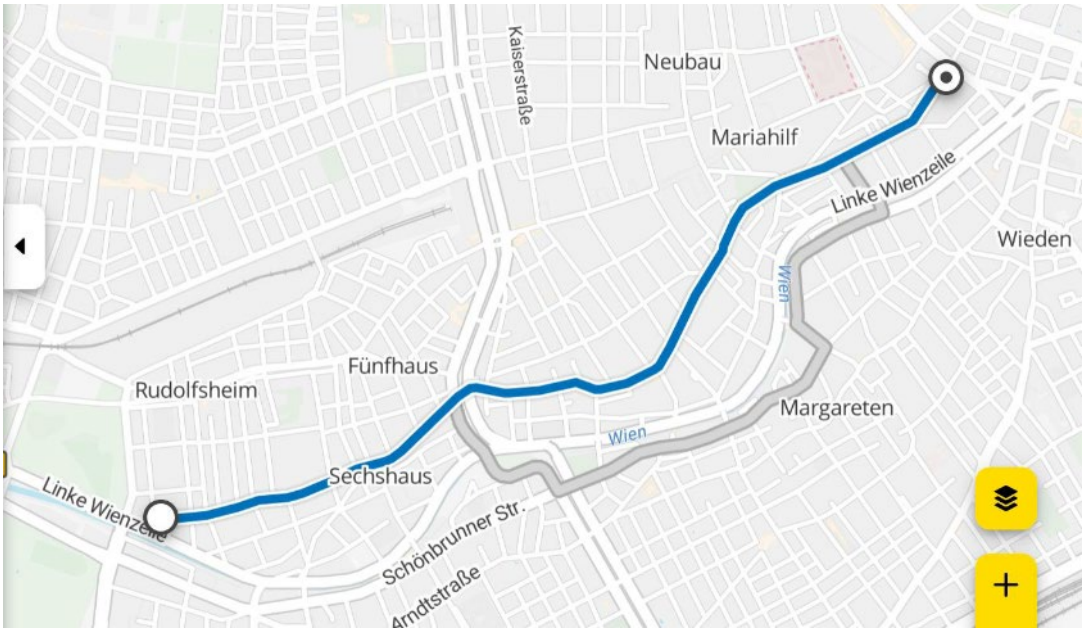
Begründung

Der Wunsch der Bevölkerung nach einer deutlichen Verkehrsreduktion auf der Gumpendorfer Straße wurde wiederholt und in aller Deutlichkeit geäußert. Mit abschnittsweisen Einbahnregelungen – ausgenommen Bus, Rad- und Einsatzfahrzeuge – könnte eine Entlastung unabhängig von einem umfassenden Umbau zeitnah umgesetzt werden.

Derzeit kann zwischen dem westlichen Ende der Sechshauser Straße und dem östlichen Ende der Gumpendorfer Straße eine Strecke von knapp vier Kilometern in beide Richtungen geradeaus durchfahren werden. Das macht sie attraktiv für den Kfz-Durchzugsverkehr, der Schulwege unsicherer macht, die Luft belastet und für eine hohe Lärmbelastung sorgt.

Die bestehende Verkehrsführung widerspricht damit dem expliziten Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung und ist nicht mehr zeitgemäß. Entsprechend der in der Bezirksvertretungssitzung vom 18.6.2026 mehrheitlich beschlossenen Resolution „Kein Durchzugsverkehr durch Mariahilf“ soll daher gemeinsam mit der MA 46 an konkreten Lösungen gearbeitet werden.

Anhang



Die geradeaus befahrbare Strecke.

Schutzweg Kreuzung Esterhazygasse / Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die MA46 zu ersuchen, an der Kreuzung Gumpendorfer Straße / Esterhazygasse einen Schutzweg über die Gumpendorfer Straße sowie über die Esterhazygasse (südlich der Gumpendorfer Straße) zu errichten und Maßnahmen in der Gumpendorfer Straße (Richtung 1. Bezirk) auf Höhe des Hauses Gumpendorfer Straße 69 zu prüfen und umzusetzen, die verhindern, dass die dortige Abbiegespur vor allem als Überholspur für die Bushaltestelle verwendet wird.

Begründung

Die besagte Kreuzung wird von den Anwohner*innen seit langem als sehr gefährlich wahrgenommen. Ein sicheres Passieren der Gumpendorfer Straße ist aufgrund des fehlenden Schutzweges und der schlechten Einsicht in die Gumpendorfer Straße Richtung Gürtel nicht möglich, für viele Passant*innen aber notwendig. Vor allem Kinder und Fahrradfahrende sind besonders gefährdet. Neben dem fehlenden Schutzweg verschärft die Linksabbiege-Spur in die Esterhazygasse (Richtung 1. Bezirk) die Situation, weil diese vor allem als Überholspur genutzt wird. Hier kommt es mehrmals täglich zu unangenehmen bis gefährlichen Situationen.
Darüber hinaus braucht es einen Schutzweg über die Esterhazygasse von der stark frequentierten Bushaltestelle (13A, 14A, 57A) Richtung 1. Bezirk.

Ältere Anträge und Anfragen zur Neugestaltung dieser Kreuzung wurden bisher von der MA46 mit dem Hinweis abgewiesen, dass es an dieser Stelle kein erhöhtes Unfallaufkommen mit Personenschaden gibt. Gleichzeitig wird diese Kreuzung im offiziellen Schulwegplan von derselben Magistratsabteilung mit der höchsten Gefahrenstufe (8/8) beurteilt (siehe Anhang)!
Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung und der Politik, Gefahrenstellen im Verkehr zu entschärfen, BEVOR diese eine erhöhte Unfallstatistik aufweisen und nicht erst, wenn Menschen zu Schaden gekommen sind.

Anhang

Ansicht der Kreuzung Gumpendorfer Straße / Esterhazygasse

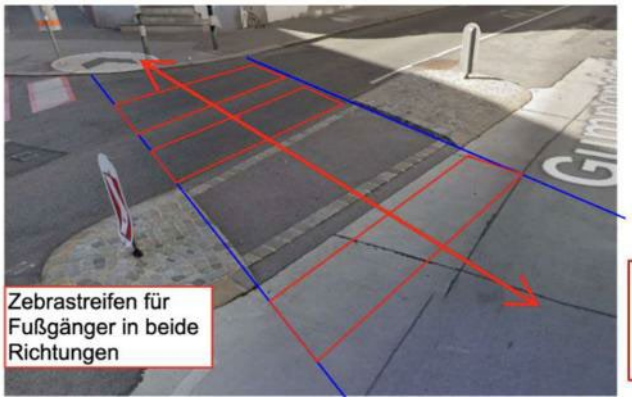


Abb. 1: Schutzweg über Gumpendorfer Straße



Abb. 2: Linksabbiegespur zum Überholen, notwendige Schutzwege über Gumpendorfer Straße und über Esterhazygasse

Ausschnitt aus dem „Schulwegplan“ der MA46 für die VS Corneliusgasse:



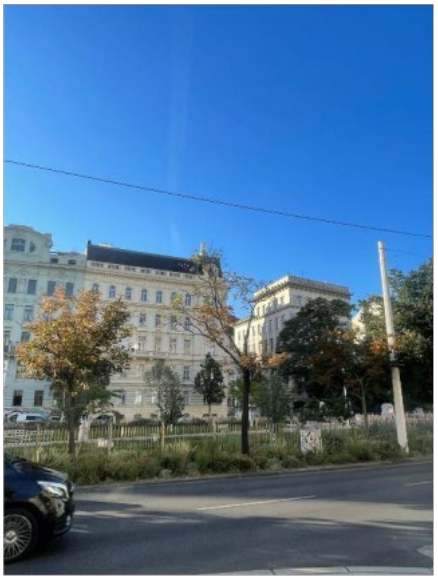
Begründung

In den vergangenen Jahren werden die verbliebenen Ahornbäume an der Wienzeile nur mehr von totem Holz befreit. Ein Wachstum der Bäume findet nicht mehr statt. Statt dem Sterben der Bäume zuzusehen, können neue Bäume die Zeit bereits für Wachstum nutzen und zur Kühlung beitragen.

Anhang




HOP ON HOP



Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Biotonne Brückengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Aufstellung einer öffentlich zugänglichen Biotonne in der Brückengasse, insbesondere im Bereich der Pfarre Gumpendorf, zu prüfen und bei Vorliegen eines geeigneten Standorts umzusetzen.

Begründung

Der Wunsch nach einer Biotonne in der Brückengasse wurde seitens der Pfarre Gumpendorf an die Fraktion herangetragen. Hintergrund ist insbesondere die wöchentliche Lebensmittelausgabe im Rahmen des Projekts Le+O der Caritas, bei der regelmäßig auch entsprechende biogene Abfälle anfallen können. Eine Biotonne in unmittelbarer Umgebung würde eine sachgerechte Trennung und Entsorgung dieser Abfälle erleichtern und zugleich auch den Bewohnerinnen und Bewohnern im umliegenden Grätzel eine zusätzliche Möglichkeit zur getrennten Sammlung von Bioabfällen bieten.

Veronika Zimmermann

Entfernung bzw. Änderung der öffentlichen Wasserdusche in der Mariahilfer Straße 1A

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Stelle der Stadt Wien (u.a. MA 31) wird ersucht, die vor dem Gebäude auf der Mariahilfer Straße im Bereich der Hausnummer 1A installierte Wasserdusche-/Abkühlungsanlage zu entfernen bzw. durch eine geeignete Alternative zu ersetzen.

Begründung

Die Anlage ist aufgrund der starken Wasserstrahlen keine Sprühnebelanlage zur kurzfristigen Abkühlung, sondern wird faktisch als Dusche im öffentlichen Raum benutzt. Dies führt dazu, dass sich Personen dort öffentlich entkleiden bzw. ihre Genitalien entblößen und unter der Anlage reinigen.
Die Dusche befindet sich in einem stark frequentierten öffentlichen Standort und wird von Passanten, Familien sowie Kindern genutzt. Eine Anlage, die zum Duschen einlädt und dabei zu öffentlichen Entblößungen führt, ist ungeeignet.

Anhang



KO Lukas Korp
BR Ing. Mag. Joachim Stampfer
BR Gabriela Petras

Pflege des Bereiches Grabnergasse 7-9

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die MA 48 und MA 42 zu beauftragen, in der Grabnergasse vor der Hausnummer 7-9, die Reinigung des Bereichs und Bewässerung der Bepflanzungen zu veranlassen.

Begründung

Die Bewässerung der Blumentröge und Reinigung der Grabnergasse im Bereich der Hausnummer 7-9 wird durch die verantwortlichen Stellen nicht sichergestellt. Da der Abschnitt hauptsächlich von Kindern als Spielfläche genutzt wird, ist eine Pflege und Reinigung zwingend erforderlich.

Anhang



KO Lukas Korp
BR Ing. Mag. Joachim Stampfer
BR Gabriela Petras

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

SPÖ MARIAHILF

Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für Maßnahmen aus, die zur Stärkung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße beitragen können, wozu auch der Einsatz öffentlicher Videoüberwachung zählen kann.

Begründung

Die U6-Station Gumpendorfer Straße zählt zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Wiens und wird täglich von tausenden Fahrgästen genutzt. Gleichzeitig steht der Bereich seit Jahren im Fokus von Sicherheitsdebatten. Insbesondere die Konzentration von Suchthilfeeinrichtungen im Umfeld sowie die damit verbundenen Begleiterscheinungen führen regelmäßig zu Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern sowie Gewerbetreibenden.

Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten zur Verbesserung der Situation gesetzt wurden. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung einer polizeilichen Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Grätzel. Diese Schritte können einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten.

Gleichzeitig bleibt das Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße aufgrund seiner hohen Frequenz und seiner besonderen Herausforderungen ein Bereich, in dem Fragen der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls besondere Aufmerksamkeit verdienen. Im Rahmen der Anrainerversammlung am 2. Juni 2026 wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich auch die Forderung nach einer Videoüberwachung des Bereichs vorgebracht.

Anfang August 2025 hat Innenminister Gerhard Karner Pläne bekannt gegeben, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und diese künftig auch an potenziell betroffenen Orten zu ermöglichen. Diese Überlegungen wurden auch von Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt, der sich ebenfalls für zusätzliche Instrumente zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum ausgesprochen hat.

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

SPÖ MARIAHILF

Vor diesem Hintergrund wird die öffentliche Videoüberwachung als eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung der Sicherheitsarbeit, zur Prävention bzw. Aufklärung von Straftaten und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beurteilt.

Mariahilf bekennt sich zum Wiener Gemeindebau

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen gemäß § 24 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf bekennt sich zum Wiener Modell des kommunalen und geförderten Wohnbaus und zum dauerhaften Erhalt der Wiener Gemeindebauten im öffentlichen Eigentum.

Begründung

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und eine zentrale soziale Frage. Mariahilf ist ein vielfältiger Bezirk, in dem Menschen aus unterschiedlichen Generationen und mit unterschiedlichen Einkommen leben: Studierende, junge Familien, ältere Menschen und viele andere. Diese soziale Vielfalt ist eine Stärke unseres Bezirks und sie darf nicht vom Einkommen abhängen.

Deshalb ist es wichtig leistbaren Wohnraum, besonders in einem urbanen Bezirk, wie Mariahilf zu sichern. Wohnen darf nicht zum Luxus werden. Gerade in einem dicht besiedelten Bezirk wie Mariahilf müssen wir darauf achten, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen hier weiterhin ein Zuhause finden können. Leistbarer Wohnraum bedeutet soziale Sicherheit, Lebensqualität und eine lebendige Nachbarschaft.

Deshalb darf Wohnraum nicht wie jede andere Ware behandelt werden. Vor mehr als 100 Jahren hat Wien einen Weg im Wohnbau eingeschlagen, von dem die Stadt bis heute profitiert. Nachdem Wien 1922 zum selbständigen Bundesland wurde, schuf Finanzstadtrat Hugo Breitner mit einer Mietzinsabgabe und Steuern auf Luxusgüter die finanzielle Grundlage für den Bau von Gemeindewohnungen. In nur einem Jahrzehnt entstanden rund 65.000 Wohnungen, als Antwort auf Wohnungsnot, schlechte Wohnverhältnisse und hohe Wohnkosten.

Heute gibt es in Wien rund 220.000 Gemeindewohnungen in etwa 1.800 Wohnhausanlagen. Rund ein Viertel der Wiener*innen lebt in einem Gemeindebau. Dazu kommen rund 200.000 geförderte Wohnungen. Dieses große öffentliche und geförderte Wohnungsangebot trägt nicht nur direkt zu leistbarem Wohnen bei, sondern wirkt auch preisdämpfend auf den privaten Wohnungsmarkt.

Die Stadt Wien setzt seit Jahrzehnten Maßstäbe im Bereich des Wohnbaus. So müssen etwa zwei Drittel aller neu gewidmeten Flächen für den geförderten Wohnbau vorbehalten werden. Städtische Grundstücke werden zunehmend im Baurecht vergeben, sodass sie langfristig im Eigentum der Stadt bleiben. Der Wiener Gemeindebau gehört den Wiener*innen. Dieses über Generationen geschaffene öffentliche Eigentum ist eine wesentliche Grundlage, um auch künftig leistbaren und hochwertigen Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu sichern.

Ein klares „JA“ zum Wiener Gemeindebau

Die unterfertigten Bezirksrätinnen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf bekennt sich zum Erhalt aller bereits errichteten Gemeindebauten in Mariahilf in öffentlichem Eigentum sowie zur Fortführung des Programmes „Gemeindebau NEU“ durch Wohnbauträger, die ebenfalls in öffentlichem Eigentum stehen.
Die Bezirksvertretung spricht sich gegen jegliche Privatisierung und für den Erhalt und die Sanierung aller Gemeindebauten in Mariahilf in öffentlichem Eigentum aus.

Begründung

Im Zuge der medialen Berichterstattung rund um den Rücktritt des ehemaligen Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer, Walter Ruck, wurden auch kolportierte Aussagen des Bezirksvorstehers Nevrivy publiziert[1], welche zu einer gewissen Verunsicherung innerhalb der Wiener Bevölkerung führten.

Mit dieser Resolution wollen wir in der Bezirksvertretung Mariahilf, gemeinsam ein Zeichen setzen und ausdrücklich festhalten, dass eine Privatisierung von Gemeindebauten klar abzulehnen ist und wir uns für die Erhaltung, Sanierung und die Neu-Errichtung von Gemeindebauten in Mariahilf einsetzen.

Mariahilfer Gemeindebauten, wie etwa der Johanna Prangl, Bruno Marek, Leutner- oder Einsteinhof (neben 32 anderen Gemeindebauten in Mariahilf) sind essenzielle leistbare Lebensräume in Mariahilf und es ist unsere soziale Verpflichtung diese zu erhalten.

[1] Nevrivy: Gemeindewohnungen „verklopfen“ – ORF Wien, 19. August 2026 - https://wien.orf.at/stories/3367624/

Dr. Carina Karner (KPÖ-LINKS)

Mag. Michaela Löffler-Leutgeb (KPÖ-LINKS)

Paul Stein (GRÜNE)

Wohnortnahe Substitution

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für eine stärkere wohnortnahe Organisation der Substitutionsbehandlung und der Abgabe von Substitutionsmedikamenten in Wien aus. Ziel soll es sein, die entsprechenden Angebote möglichst dezentral und bedarfsgerecht über das gesamte Wiener Stadtgebiet zu verteilen und bestehende Konzentrationen einzelner Angebote in Mariahilf und damit verbundener Belastungen zu reduzieren.

Begründung

Rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße besteht seit Jahren eine besondere Konzentration von Einrichtungen und Angeboten der Wiener Suchthilfe. Die damit verbundenen Auswirkungen sind auch im umliegenden öffentlichen Raum wahrnehmbar und stellen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für den Bezirk eine erhebliche Herausforderung dar.

Maßnahmen von Polizei, Wiener Linien und Bezirk können zur Verbesserung der Situation beitragen, ändern jedoch nichts an der grundsätzlichen Konzentration der Angebote an diesem Standort.

Eine stärkere wohnortnahe Organisation der Substitutionsbehandlung und der Abgabe von Substitutionsmedikamenten kann dazu beitragen, Behandlungswege für Betroffene möglichst wohnortnah zu gestalten und gleichzeitig einzelne Standorte zu entlasten.

Gerhard Hammerer

Versorgung mit Bankomaten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und FPÖ Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für den Erhalt einer ausreichenden und flächendeckenden Versorgung mit Bankomaten im öffentlichen Raum in Mariahilf aus. Insbesondere soll auch künftig sichergestellt sein, dass die Mariahilferinnen und Mariahilfer wohnortnah und unkompliziert Bargeld beheben können.

Begründung

Auch wenn bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten zunehmend genutzt werden, bleibt Bargeld für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens. Insbesondere ältere Menschen, aber auch Personen ohne Zugang zu digitalen Zahlungsmitteln sowie Kundinnen und Kunden kleinerer Geschäfte und Marktstände sind auf eine unkomplizierte Bargeldversorgung angewiesen. Ein wohnortnaher Zugang zu Bankomaten ist daher ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur eines dicht besiedelten innerstädtischen Bezirks.

Durch die Schließung von Bankfilialen und den damit verbundenen Abbau von Bankomaten können jedoch zunehmend Lücken in der Bargeldversorgung entstehen. Bankomaten im öffentlich zugänglichen Raum ermöglichen einen niederschwelligen und grundsätzlich unabhängig von den Öffnungszeiten einzelner Bankfilialen verfügbaren Zugang zu Bargeld. Die Bezirksvertretung Mariahilf bekennt sich daher dazu, eine ausreichende Versorgung mit öffentlich zugänglichen Bankomaten im Bezirk zu erhalten und einem weiteren Verlust dieser wichtigen Infrastruktur entgegenzuwirken.

Veronika Zimmermann